

BUCHBESPRECHUNGEN

- Gruber, Joachim: *Kommentar zu Boethius' De Consolatione Philosophiae.* (Karl-Heinz Nusser)..... 240
- Riklin, Alois: *Machtteilung. Geschichte der Mischverfassung.* (Holger Zapf)..... 242
- Voigt, Rüdiger: *Den Staat denken . Der Leviathan im Zeichen der Krise.* (Daniel Hildebrand)..... 243
- Walkenhaus, Ralf / Machura, Stefan / Nahamowitz, Peter / Treutner, Erhard (Hrsg.): *Staat im Wandel. Festschrift für Rüdiger Voigt zum 65. Geburtstag.* (Daniel Hildebrand)..... 244
- Ruoff, Michael: *Foucault-Lexikon. Entwicklung – Kernbegriffe – Zusammenhänge.* (Lars Schuster)..... 245
- Von Beyme, Klaus: *Das Zeitalter der Avantgarden. Kunst und Gesellschaft 1905–1955.* (Felix Dirsch)..... 247
- Gardner, Gary T.: *Inspiring Progress: Religion's Contributions to Sustainable Development.* (Thorsten Philipp) 248
- Pfetsch, Frank R.: *Verhandeln in Konflikten. Grundlagen – Theorie – Praxis.* (Henrik Gast)..... 250
- Priester, Karin: *Populismus. Historische und aktuelle Erscheinungsformen.* (Armin Pfahl-Traughber)..... 251
- Schroeder, Klaus / Alisch, Steffen / Bressan, Susanne / Deutz-Schroeder, Monika / Hillmer, Uwe: *Rechtsextremismus und Jugendgewalt in Deutschland. Ein Ost-West-Vergleich.* (Eckhard Jesse)..... 253
- Meck, Ute: *Selbstmordattentäter – sterben, um zu töten. Wie werden Menschen zu Selbstmordattentätern? Wie entstehen und funktionieren ihre Ideologien? Wie kann man dem Selbstmordterrorismus sinnvoll begegnen?* (Armin Pfahl-Traughber)..... 255
- Gillmann, Sabine / Mommsen, Hans (Hrsg.): *Politische Schriften und Briefe Carl Friedrich Goerdelers* (Enrico Syring) 256
- Joachim GRUBER: Kommentar zu Boethius' De Consolatione Philosophiae. 2. Aufl. Berlin 2006. Verlag De Gruyter, 520 S., Hardcover, 128 EUR.*
- Anicius Manlius Severinus Boethius ist in der gegenwärtigen Philosophie vor allem durch zwei Problemlösungen bekannt, einmal durch seine Theorie über den Unterschied zwischen Natur und Person, die vorschlägt, Personen nur in vernünftigen Substanzen, d.h. Menschen, anzunehmen; zum anderen durch seine Klärung des Verhältnisses von Determinismus und Freiheit. In der christlichen Tradition war dies die Frage nach der Vereinbarkeit von göttlichem Vorherwissen und menschlicher Freiheit. Boethius gibt zu Letzterem die Antwort in der Schrift »Trost der Philosophie«, deren lateinischer Ausgabe von C. Moren schini der vorliegende Kommentar gilt.
- Über viele Jahrhunderte hinweg wurde die Lösung, die Boethius vorgelegt hatte, akzeptiert. In der frühen Neuzeit monierte Leibniz, dass die menschliche Wahlfreiheit in Boethius' Theorie zu wenig berücksichtigt worden sei (Theodizee, § 405ff), und Kant brachte die Frage von göttlichem Vorherwissen und menschlicher Freiheit durch seine Metaphysikkritik zum Verschwinden. Bei Boethius ist die Vereinbarkeit von göttlicher Weltlenkung und menschlicher Willensfreiheit der letzte Stein eines philosophischen Lehrgebäudes, das durch die Erkenntnis der Wahrheit Erlösung von Unglück und Verzweiflung verspricht. Einen solchen Trost

hat der im Gefängnis sitzende und auf sein Todesurteil wartende Boethius bitter nötig, und er verschafft sich diesen selbst, indem er dieses Buch schreibt und dessen Einsichten durchlebt. Was war geschehen?

Im Jahre 523 wurde Boethius, ein bedeutender Gelehrter und damals der ranghöchste Minister des Ostgotenkönigs Theoderich wegen Verdacht auf Hochverrat in den Kerker geworfen und im Herbst 524 hingerichtet. Soweit man weiß, hat Boethius selbst keineswegs Hochverrat begangen. Bestenfalls hat er einen römischen Senator, der diesem Verdacht ausgesetzt war, zu schützen versucht und war dadurch selbst in die Mühle des Verdachts geraten. Das 1. Buch zeigt Boethius im Zustand äußerster Verzweiflung. Im Gegensatz zu seinem früheren Glück glanzvollen Wirkens findet er sich im anderen Extremzustand vor, gefangen, mit der düsteren Aussicht auf die mögliche Todesstrafe. In dieser Situation erscheint ihm die Philosophie in Gestalt einer hoheitsvollen Frau, die mit ihm die wahren Ursachen seiner Situation klärt und einen Plan zu seiner Heilung vorlegt. Wie der Kommentar richtig anführt (53), kann Boethius ihre zentralen Fragen nicht beantworten: Wodurch regiert Gott die Welt? Was ist das Ziel aller Dinge? Was ist der Mensch? Seinem äußeren Unglück entspricht demnach vor allem eine innere Krankheit, die darin besteht, dass er sich selbst und seine Bestimmung nicht mehr kennt. Die Eröffnungsszene des Buches, das Gespräch zwischen der hohen Frau Philosophie und dem unglücklichen Philosophen, sowie die sich zeigende Launenhaftigkeit des Glücks, das sich stets dreht so wie ein Rad, sind von mittelalterlichen Malern immer wieder dargestellt worden (z.B. Ingo Walther, Norbert Wolf, Meisterwerke der Buchmalerei, Köln 2005, S. 349). Wie verfährt die Philosophie mit diesem »kranken« Boethius? In ihrer Weisheit erkennt sie, dass der Partner erst einmal zum Reden gebracht werden muss. Sie berührt die Augen des Schülers (100) und klagt, dass dieser alles Höhere vergessen habe (81). Das Boethius tatsächlich geschehende Unrecht kann die Philosophie nicht aufhalten, noch gar ungeschehen machen. Sie hat keine Macht, die weiteren drohenden Gefahren vom Gefangenen abzu-

wenden, aber sie kann ihn auf die Vergänglichkeit der äußeren Güter hinweisen und ihn an die wahren seelischen Güter erinnern. Der Kommentar weist zu Recht an vielen Stellen auf die platonische und neuplatonische Tradition dieser Argumente hin, denen Boethius damit folgt. Äußerliche Güter wie Reichtum, Ehre, Macht und körperliche Vergnügungen können immer nur ein partielles Gut darstellen, nicht das Gute schlechthin. Aber nur mit diesem ist die wahre Glückseligkeit verbunden. Und dieses Gute schlechthin ist Gott. Wer, wie Boethius, solche äußeren Güter verliert, muss deshalb nicht am Sinn des Lebens verzweifeln, da das Gutsein des Menschen dessen Glück nach dem Tode nach sich zieht. Im platonischen Dialog Gorgias hatte Sokrates von den Inseln der Seligen gesprochen, auf denen der gute Mensch leben werde. Der Kommentar weist an verschiedenen Stellen auf den Einfluss des platonischen Gorgias hin. Für das Werk von Boethius nennt er neuplatonische Einflüsse wie die Alexandrinische Schule, Proklos und Ammonios (40). Worin besteht nun die Heilung des »kranken« Boethius? Er soll erkennen, so mahnt die Philosophie, dass die Macht der Herrschenden beschränkt ist (255). So wie Orpheus soll sich sein Blick nur nach vorne richten auf die wahre Glückseligkeit und nicht zurück auf die verlorenen äußeren Güter. Der Verlust der äußeren Güter vermag die Seele ebenso wenig zu affizieren wie Kirke das Innere der Gefährten des Odysseus verwandeln konnte, die nur äußerlich zu Schweinen geworden waren. Die Verwendung dieses Bildes erinnert an stoische Lehren von Chrysipp und Epiktet. Der Kommentar weist zu Recht darauf hin, dass Boethius hier nicht an neuplatonische Seelenwanderungslehren anknüpfe (333).

Wenn es nun möglich sein soll, dass der Mensch trotz eines widrigen Schicksals sein höchstes Gut erreichen kann – ein Zusammenhang, der für die ganze Antike die Probe auf den Sinn der Ethik war –, dann muss dieses menschliche Streben auch frei realisierbar sein. So stellt sich am Ende die Frage nach der Vereinbarkeit von göttlichem Vorherwissen und menschlicher Freiheit.

Boethius schlägt eine Lösung für das Problem des göttlichen Vorherwissens und der

menschlichen Freiheit vor, die in der christlichen Tradition über viele Jahrhunderte einflussreich war. Denkt man das göttliche Vorherwissen ebenso zeitlich wie das menschliche Handeln, dann ergibt sich, dass das Letztere nicht frei sein kann, da Gott bereits alles im Voraus weiß und bestimmt hat. Diese Perspektive auf das göttliche Wissen besteht jedoch in einer Verräumlichung des göttlichen Vorhersehens und dadurch wird der Konflikt von Vorsehung und Freiheit unlösbar. Gott wird dabei so vorgestellt, als sähe er von einem höchsten Punkt einer räumlichen Perspektive auf alle irdischen Verläufe hinab. Anders jedoch, wenn man – auch dies klingt bei Boethius an – auf der Einfachheit der göttlichen Einsicht besteht. Diese würde implizieren, dass das göttliche Wissen ewig und d.h. zeitlos ist, sodass mit dem Wegfall der zeitlichen Folge auch der Widerspruch zwischen der göttlichen Vorsehung und menschlichen Freiheit wegfallen würde. Weniger einsichtig wäre es jedoch, unter Berufung auf P. Huber (Die Vereinbarkeit von göttlicher Vorsehung und menschlicher Freiheit in den Consolations Philosophiae des Boethius, Diss., Zürich 1976), von einer bedingten Notwendigkeit von Gottes Wissen zu sprechen, wie dies der Kommentar tut (401).

Der vorliegende Kommentar von Joachim Gruber stellt eine vorbildliche philosophisch-philologische Gelehrtenleistung in bester humanistischer Tradition dar. Die hier vorliegende zweite Auflage enthält viele Verbesserungen gegenüber der ersten und berücksichtigt die inzwischen erschienene Literatur zum Thema.

Karl-Heinz Nusser

Alois RIKLIN: Machtteilung. Geschichte der Mischverfassung. Darmstadt 2006. Wissenschaftliche Buchgesellschaft, 456 S., gebunden, 49,90 EUR.

Insofern die Mischverfassungstheorie als anzustrebender Entwurf oder abzulehnende Entartung einer glücklichen Verfassung über viele Jahrhunderte hinweg den Diskurs der politischen Theorie mitbestimmt hat, darf man wohl behaupten, dass Alois Riklin mit seiner umfassenden Studie – nach Angaben

des Verfassers Frucht von 18 Jahren Arbeit – ein Desiderat der politischen Ideengeschichte vorgelegt hat, zwar »keine vollständige, aber die erste repräsentative Geschichte der Mischverfassung« (14). Vor diesem Hintergrund freilich wirkt es etwas befremdlich, dass der Verfasser sich genötigt sieht, seinem Werk eine Apologie voranzustellen, eine Apologie der politischen Theorie und Ideengeschichte im Allgemeinen und der akademischen Auseinandersetzung mit Mischverfassungstheorien im Besonderen. Ungleicher besser wäre es schließlich, wenn die Forschungsergebnisse für sich sprechen könnten, und dies darf man in diesem Falle erwarten, bringt Riklin doch den ideengeschichtlichen Aspekt mit der Historie der Verfassungswirklichkeit zusammen, indem er die Denker mit ihren realen Vorbildern konfrontiert. Auf diesem Weg bietet er einen aufschlussreichen Überblick über die Geschichte der Mischverfassung in Theorie und Praxis. Dieser nimmt die ersten drei Hauptteile des Bandes ein und ist an bekannten großen, aber auch an ideengeschichtlich vernachlässigten Denkern meist recht überzeugend durchgeführt. Eingeteilt sind diese Hauptteile chronologisch in Begründung (Platon bis Cicero), Renaissance (Thomas von Aquin bis Gianotti und Contarini) und Siegeszug der Mischverfassung (von Arnisaeus bis Sieyès). Das ist flüssig, fast schon spannend geschrieben, wenn auch manchmal hinsichtlich der Denker etwas einseitig argumentiert wird – doch mag man das mit dem Umfang des Vorhabens und seiner thematischen Ausrichtung wie auch der zugleich geleisteten Darstellung historischer Verfassungswirklichkeiten entschuldigen. Im vierten Hauptteil schließlich – er trägt den verräterischen Titel »Nachruf oder Wiederbelebung«, beides scheint im Anschluss an einen Siegeszug nicht stimmig – ringt sich Riklin endlich zu einer Gegenüberstellung von Gewaltenteilung und Mischverfassung durch und kommt zu dem wenig überraschenden Ergebnis, dass beide Begriffe aus jeweils bestimmter Perspektive das gleiche meinen und sich somit die Mischverfassungstheorie auch in der deutlich jüngeren Gewaltenteilungslehre finden lasse. Die Mängel dieser Lehre werden dann jedoch in Anschlag gebracht, um das ältere

Konzept als das haltbarere zu erweisen. In einer tour de force werden noch schnell die Kritiker der Mischverfassungslehre aufgerufen, doch auf den 15 Seiten, die ihnen zugeordnet werden, können sie sich bestenfalls noch als Krypto-Mischverfassungstheoretiker erweisen – einzig Hobbes und Filmer kommt die Ehre zu, in Frontstellung zur Mischverfassungstheorie am vom Verfasser belächelten »Souveränitätsdogma« strikt festgehalten zu haben. Zum Aufweis der Aktualität der Mischverfassung endlich wird Sternberger als Gewährsmann hinzugezogen, und Riklin ergänzt dessen Ausführungen, die das monokratische Element vernachlässigten, mit einem Hinweis auf Kanzlerdemokratie und Präsidialsystem (in einem Atemzug!), um auch diesen Mangel noch zu beseitigen, so dass sich das Prinzip der Mischverfassung »einer-wenige-viele« als gegenwärtig nahezu omnipräsent erweisen lässt. Riklin leitet aus seinen Überlegungen also eine normative Mischverfassungstheorie mit ontologischem Standbein ab (schließlich wird argumentiert, sie entspräche dem Wesen des Menschen als zoon politikon), doch auch trotz der Vielzahl diagnostizierter Probleme der Mischverfassung, denen er mangels eines geeigneten Instrumentariums in der Analyse recht hilflos gegenübersteht, bleibt sie als normatives Prinzip weitgehend konturlos – ist sie doch allem Anschein nach in allen (»demokratischen«) Verfassungen bereits wirksam, wenn sie auch ihre (!) Probleme nicht beseitigen kann: Dekadenzerscheinungen der politischen Kultur oder auch die Tendenz zum Überwachungsstaat. Die DDR wie auch die Sowjetunion dürften danach ebenfalls als Mischverfassungen gelten, denn auch hier fanden sich als Prinzip: einer-wenige-viele – und ganz »ähnliche« Probleme. So laufen interessante ideengeschichtliche Überblicke und brauchbare Kritiken an so manchem Begriff, mancher Interpretation aus in ein deplatziertes Plädoyer für die Mischverfassung – realpolitisch wie akademisch. Für den akademischen Bereich bleibt die Theorie anachronistisch, insofern unter heutigen Bedingungen die Anwendung eines Prinzips nach dem Muster einer-wenige-viele wenig heuristischen Wert und kaum erklärende Kraft entfalten kann, wie sich auch in der

Beliebigkeit ihrer Anwendung im vierten Hauptteil des Buches zeigt. Dass die Mischverfassung in der neueren politischen Theorie keine Rolle mehr spielt, geht wohl nicht nur »auf lauter Missverständnisse zurück«, wie der Verfasser annimmt. Als verfassungspolitisches Postulat andererseits wird dieses Prinzip der komplexen politischen Wirklichkeit nur mehr in wenigen Aspekten gerecht und dokumentiert bestenfalls Bestände, die man mit etwas Geschick wohl überall finden kann. Letztendlich sollten diverse Merkwürdigkeiten für das Gesamt des Buches aber nicht überbewertet werden: für die Auseinandersetzung mit den Denkern der Mischverfassung wie auch für die angrenzenden Fragen zu Gewalten- und Machtteilung liefert es eine großartige Grundlage, die in dieser Form ihresgleichen sucht.

Holger Zapf

Rüdiger VOIGT, Den Staat denken. Der Leviathan im Zeichen der Krise, Baden-Baden: Nomos 2007, 359 S., brosch., 44 EUR.

»Den Staat denken«: In solch unumwundener Transitivity stellt sich mit dem vorliegenden Buch ein Denker jenem Institutionensystem, dessen Ende in der Vergangenheit bereits oft beschworen worden ist, ohne das jedoch zumindest die nahe Zukunft als undenkbar erscheint. Voigt nimmt die bis ins Feindschaftliche gehende Staatsskepsis der ausgehenden Moderne und ambrechenden Postmoderne zum Anlaß, das Phänomen Staat auf sein tieferes funktionelles Sein als entscheidendem Faktor menschlicher Hochkultur zu radizieren (S. 17; passim). Der forschungserfahrene Ordinarius der Münchener Universität der Bundeswehr ist so vorausschauend, seine methodischen Prämissen, dem vielgestaltigen Erkenntnisgegenstand angemessen, offenzuhalten. Im Kern stellt sich der Autor die Aufgabe, die politische Theorie und Ideengeschichte vom Altertum an beginnend daraufhin zu befragen, ob und inwieweit sich Staat als Manifestation menschlicher Rationalisierung erklären lässt (S. 34; 283 und passim). Nicht nur Interdisziplinarität, sondern auch Integration der einzelnen Disziplinen, die sich mit der Erfor-

schung jenes Phänomens menschlicher Kultur befassen, sind Voigt Richtschnur: In dem Maße, in dem sich die betreffenden Disziplinen seit dem 19. Jahrhundert auseinander entwickelt habe, scheint das Phänomen »Staat« zunehmend in jenen reißenden Tiefen unterzugehen, die das Auseinanderdriften der vormaligen »gesamten Staatswissenschaft« verursachen (S. 56).

Staats als Instrument kollektiver rationaler Daseinsbewältigung zu untersuchen veranlaßt den Gelehrten nahezu zwangsläufig, das Phänomen des Machtstaates bevorzugt ins Auge zu nehmen. Machiavelli als induktiver Theoretiker empirischer, ja nachgerade historischer Praxis und der an den Maßstäben der Naturwissenschaft orientierte deduktive Logiker Hobbes stellen somit, wie es der Untertitel der Monographie verspricht, stets im Auge behaltene Gravitationspunkte der vorliegenden Untersuchung dar. Der 1941 geborene Wissenschaftler ist hinreichend unerschrocken, Unabhängigkeit und Unumwundenheit des politischen Urteils mit einander zu verbinden. Imposant sind die Brücken, die er zwischen vergangenem politischen Denken und gegenwärtigen Problemen zu schlagen weiß: Von Tacitus, über den sich »auch die Lehren von Machiavelli [...] erschließen« lassen, versteht er, von den *arcana imperii* als Machttechnik der Geheimhaltung ausgehend zu der Frage zu gelangen, ob ein zu den Aktivitäten des Bundesnachrichtendienstes eingesetzter parlamentarischer Untersuchungsausschuß nicht »kontraproduktiv« sei (S. 229).

Aber auch auf den vielfältigen und in Deutschland besonders ausgeprägten Antagonismus zwischen Rechtsstaat und Demokratie (S. 18; 61; 69; 255; 264; 293 und *passim*), zwischen Volkssouveränität und unabhängiger Justiz (S. 60; 69; 70; 72; 255; 264; 306; 318 und *passim*), zwischen Parlamentssouveränität und Rechtsbindung (S. 267; 318 und *passim*), rekurriert der Wissenschaftler durchgängig.

Schließlich betont der Voigt wiederholt die konstitutive Bedeutung für Staat und Gesellschaft, die anhaltend von der Nation ausgeht. Sie ist für ihn »bislang stärkster Ausdruck kollektiver Identität« (S. 321).

Rüdiger Voigt ist es tatsächlich gelungen, ein riesenhaftes, aber gleichwohl in sich zusammenhängendes Thema, nämlich den modernen Staat, in eben jenen Zusammenhän-

gen zu begreifen und darzustellen. Das Buch dürfte sich durchaus in die Reihe »Allgemeiner Staatslehren« einreihen und dennoch über dieses Genus deutlich hinausgehen: Es ist die ganz persönliche Summe eines Gelehrtenlebens, das einem entscheidenden Aspekt der Moderne schlechthin gewidmet ist – dem modernen Staat.

Die erste Auflage ist bereits verkauft. Eine zweite Auflage befindet sich in Vorbereitung.

Daniel Hildebrand

Ralf WALKENHAUS / Stefan MACHURA / Peter NAHAMOWITZ / Erhard TREUTNER (Hrsg.): Staat im Wandel. Festschrift für Rüdiger Voigt zum 65. Geburtstag. Stuttgart 2006. Franz Steiner Verlag 2006, 490 S., gebunden, 69 EUR.

Das Diktum vom »Staat im Wandel« macht die Runde: Schon lange zuvor erkannte der Münchener Sozialwissenschaftler Rüdiger Voigt dieses Themenfeld, wie eine beachtliche Anzahl von Monographien bezeugt.

Die vorliegende Festschrift geht freilich über die Betrachtung des Staatswandels deutlich hinaus. Dem Wandel des Staates ist ein erster Teil gewidmet. Am unmittelbaren lässt sich dieser Wandel daran ablesen, wie sich die von jeher von definierten Staatsausgaben verändert und vermehrt haben, wie namentlich Ralf Walkenhaus in seinem Beitrag »Entwicklungslien moderner Staatlichkeit« erläutert (s. 39 ff.). Dass sich trotz aller Staatskepsis jenes soziale System fortgesetzt ausdehnt und sich dies auch trotz des zunehmend schleichenenden Ablaufs dieses Vorganges kaum bestreiten lässt, wird zwar erwähnt, ohne dass es in der Gemeinde gegenwärtiger Staatsforscher aber allzu eingehend erläutert werden müsste (S. 42). Besonderes Augenmerk widmet der Sammelband Beispielen »staatlicher Steuerung in einzelnen Politikfeldern« (S. 97). In einem Zeitalter, das vom Übergang des energetischen zum informationellen Prinzip geprägt ist, wird die Funktion des Staates als informierender Staat zunehmend wichtiger, wie Nicolai Dose in seinem Beitrag beleuchtet. Nicht zuletzt der berühmte Fall, wie eine staatliche Warnung seinerzeit einen bekann-

ten Nahrungsmittelhersteller in Bedrängnis brachte, wird hier daraufhin betrachtet, dass der Staat aufgrund seiner Veröffentlichungsmöglichkeiten und seiner Stellung als neutraler Dritter faktisch handlungsleitend wirkt. Gleich zwei Beiträge befassen sich aus je unterschiedlichem Betrachtungswinkel mit Kategorie und Begriff der Nachhaltigkeit: Erhard Treutner erklärt nachhaltige Entwicklung durch staatliche und supraregionale Steuerung anhand ausgewählter konkreter Beispiele. Emanuel Richter unternimmt es, die »Kategorie Nachhaltigkeit« zu rekonstruieren. In diesem Zusammenhang bietet er auch eine Definition jener scheinbar schon zur Selbstverständlichkeit gewordenen und bisweilen fast unreflektiert benutzten Konzeption: »Nachhaltigkeit ist die Beschreibung eines Handlungsmodus, in dem die Erfahrungen aus der Vergangenheit berücksichtigt werden, deren Berücksichtigung für ein reflektiertes Handeln in der Gegenwart fruchtbar gemacht wird und, auf der Basis eines solchen Abwägens, die Folgen des eignen Handelns in die Zukunft projiziert werden, auf die dann mutmaßlich herrschenden Handlungsmuster.« (S. 243). Sodann untersucht Stefan Machura eine Frage, die bislang überwiegend auf das Bundesverfassungsgericht begrenzt untersucht worden ist: Den Einfluss von Parteien auf Gerichte. Hierbei bietet der Bochumer Wissenschaftler einen Überblick über die vielfältigen Versuche im Parteiensystem die Justiz zu kolonisieren. Diese Einflussnahme ist jedoch weithin auf Personalfragen und Programmatik beschränkt. Es gibt keine au fond »justizfreundlichere« Partei, die sich durch besonders großzügige Finanzierung profiliere.

Gewohnt souverän versteht Otwin Massing in seinem umfangreichen Aufsatz »Der europäische Präambelgott« der Frage nachzugehen, ob der Gottesbezug »Fetisch, sakralisierende Überhöhung oder Skandalon« sei. Von der renovatio imperii als dem Regierungsprogramm Karls des Großen weiß der Hannoveraner Emeritus einen breiten Bogen in die Gegenwart einer – wenn auch vielfach diskret – durchaus noch existenten Politischen Theologie zu spannen. Auch in einer weithin säkularen Welt ist die Verführung, transzendenten Größe, namentlich

Gott, für politische Zwecke zu instrumentalisieren, als dass der moderne europäische Nationalstaat und die entstehende Staatlichkeit der Europäischen Union rein immanent hergeleitet und konzipiert werden könnten. Es wäre jedoch auch zu fragen, ob diejenigen Bürger, die an Gott glauben, ein Recht haben, sich durch einen Gottesbezug mit der Verfassung identifizieren zu können. Einen originellen Vorschlag unterbreitete daher Jan Weiler (*Ein christliches Europa*, München 2004): Zeitgemäß sei demnach, sowohl einen Gottesbezug wie auch einen ausdrücklichen Bezug auf die Gottesnegation gleichgewichtig nebeneinander zu stellen. Überdies gilt es zu bedenken, dass jene Verfassung, in deren Präambel ein Gottesbezug vorgeschen war, seit den Volksabstimmungen des Jahres 2005 auf der europäischen Agenda suspendiert ist, worauf Massing auch gleich am Anfang seines sprachgewaltigen Textes eingeht. Die Festschrift schließt mit einem Blick in jenen Teil der außereuropäischen Welt, der auf eine mindestens ebenso alte Tradition von Staatlichkeit zurückzublicken vermag wie der Westen. Der ebenfalls an der Universität der Bundeswehr lehrende Historiker Walter Demel betrachtet anhand von Berichten europäischer Missionare und Kolonialisten, wie China und Japan in der Frühen Neuzeit verwaltet und regiert wurden. Bewundert wurde dabei von den europäischen Beobachtern vor allem der extreme Grad an Zentralisation und Vereinheitlichung, wie er für das China des 16. und 17. Jahrhunderts kennzeichnend war. Ganz anders stellte sich den Europäern die Lage in Japan dar: Hier schienen feudale Verhältnisse, wie sie sich Europa seinerzeit zu überwinden anschickte, weitaus persistenter eingegraben zu sein. Vor allem familial gestützte Kontrollmechanismen stabilisierten hier die politischen Verhältnisse und garantierten ein vergleichsweise hohes zivilisatorisches Niveau.

Das gesamte Buch ist ein schlagernder Beweis für die Breite der Interessen, die sich im gelehrten Umkreis des Jubilars finden. Beinahe droht es den Leser darüber zu erschlagen. Es kann als eine fast schon lexikalisch wirkende Momentaufnahme einer gegenwärtigen Staatswissenschaft gelten, deren hinter verschiedenen Einzeldiszipli-

nen verborgenen Gesamtumfang die Publikation in ihrer monumentalen Ausdehnung zum Vorschein bringt.

Daniel Hildebrand, Bremen

Michael RUOFF: Foucault-Lexikon. Entwicklung – Kernbegriffe – Zusammenhänge. München 2007. Wilhelm Fink (UTB), 242 S., brosch., 18,90 EUR.

Betrachtet man das Gesamtwerk eines Philosophen, so lässt sich dieses, besonders wenn es umfangreicher geraten ist, nicht nur als eine Reihe von Dokumenten ansehen, die das thematische Profil des Autors abdecken, sondern es spiegelt oft auch ganz wesentlich dessen geistige, zuweilen auch persönliche Entwicklung wider: Begriffe werden darin entwickelt und ihre Belastbarkeit erprobt, gegeneinander aufgestellt und zueinander in Beziehung gesetzt. Erweisen sie sich nicht als ausreichend tragfähig, werden sie semantisch abgewandelt oder gänzlich abgelegt; neue treten an ihre Stelle. Auf diese Weise entstehen Brüche und Klüfte, die einem Einsteiger in ein solches Werk den Weg zumindest erschweren, wenn nicht gar gänzlich verbauen. Hier ist es gut, eine Karte bei der Hand zu haben, die hilft, den rechten Weg zu finden und die anleitet, wie schwierige Stellen zu meistern sind. Für das Werk Michel Foucaults steht nun endlich eine solche Landkarte zur Verfügung: Michael Ruoffs Foucault-Lexikon hilft auf exzellente Weise, sich in dem umfangreichen Werk des französischen Philosophen zu recht zu finden.

Nach einer sehr knapp gehaltenen Einleitung, die lediglich dazu dient, die zentralen Punkte des foucaultschen Denkens grob zu umreißen, gibt Ruoff anhand der Begriffe »Diskurs«, »Macht« und »Ethik des Selbst« im zweiten Kapitel einen ausführlichen Überblick über das Gesamtwerk Foucaults.

Im Rahmen des Begriffs »Diskurs« stellt Ruoff die vier zentralen Arbeiten Wahnsinn und Gesellschaft (1961), Die Geburt der Klinik (1963), Die Ordnung der Dinge (1966) und Die Archäologie des Wissens (1969) vor sowie die Antrittsvorlesung Foucaults, die unter dem Namen Die Ordnung des Diskur-

ses (1972) veröffentlicht wurde. Mit seiner Inauguralvorlesung wechselt Foucault seine Perspektive: Während die Werke der ersten Schaffensphase (im foucaultschen Sinne) »archäologisch« ausgerichtet waren, wendet er sich dann einer »genealogischen« Betrachtungsweise zu (in Anlehnung an Nietzsche). Dabei entwickelt er die in den vorgängigen Werken entwickelten Anlagen in seiner zweiten Schaffensphase, die Ruoff unter den Begriff »Macht« fasst, weiter. Darunter fallen die Vorlesungen Die Macht der Psychiatrie (1973/74), Die Anormalen (1974/75), In Verteidigung der Gesellschaft (1976) und die Geschichte der Gouvernementalität (1978/79) sowie die Schriften Überwachen und Strafen (1975) und Sexualität und Wahrheit I: Der Wille zum Wissen (1976).

Der dritte große Abschnitt des Gesamtwerks, den Ruoff unter der Überschrift »Ethik des Selbst« zusammenfasst, beinhaltet schließlich die Vorlesung Hermeneutik des Subjekts (1981/82) sowie die beiden Werke Sexualität und Wahrheit II: Der Gebrauch der Lüste (1984) und Sexualität und Wahrheit III: Die Sorge um sich (1984).

Mit diesen beiden Einleitungs- und Überblickskapiteln, die ein Viertel des Lexikons umfassen, beschließt Ruoff seine thematische Vorstellung des foucaultschen Denkens. Den Hauptteil des Lexikons umfasst der lexikalische Teil, in dem achtzig Grundbegriffe, von »Ähnlichkeit« bis »Wissen«, ausführlich erläutert und zueinander in Bezug gesetzt werden. Obwohl dabei auch immer wieder z.T. auch längere Zitate Foucaults einfließen, liegt die Leistung Ruoffs doch vor allem in einer prägnanten Zusammenfassung und Interpretation der foucaultschen Gedanken. Begriffe, die in einem eigenen Eintrag vorgestellt werden, sind dabei im gesamten Text gekennzeichnet, was ein unnötiges Suchen im Buch erübrigt. Neben diesen inhaltlichen Erläuterungen zeichnet sich das Lexikon aber auch durch einen umfassenden Referenzapparat aus: Im Anschluss an jeden Eintrag werden sämtliche Stellen im Gesamtwerk Foucaults referenziert, die einen inhaltlichen Bezug zum jeweiligen Eintrag aufweisen.

Das Lexikon schließt mit einem chronologischen Überblick über die Primärliteratur, die die auf Deutsch erschienenen Hauptwerke und Vorlesungen sowie die

Gespräche, Interviews und Vorträge Foucaults bis einschließlich der 2005 editierten Dits *es Ecrits IV* umfasst.

Michael Ruoffs Foucault-Lexikon ist ein unentbehrliches Sekundärwerk für alle, die sich intensiver mit der Philosophie Michel Foucaults beschäftigen wollen. Einsteigern gibt es einen ersten Überblick und Interpretationshilfen, während es Fortgeschrittenen hilft, schnell und zielsicher relevante Stellen in dem nicht immer ganz einfach zugänglichen Werk von Michel Foucault aufzufinden.

Lars Schuster

Klaus von BEYME: Das Zeitalter der Avantgarden. Kunst und Gesellschaft 1905–1955. München 2005. Verlag C.H. Beck, 995 Seiten, gebunden, 58 EUR.

Wer einen Überblick über das facettenreiche Gebiet »Gesellschaft und Kunst« sucht, greift üblicherweise neben neueren Darstellungen wie dem von Jutta Held und Norbert Schneider verfassten Leitfaden »Sozialgeschichte der Malerei« zu der klassischen Studie von Arnold Hauser. Dessen »Sozialgeschichte der Kunst und Literatur« war Jahrzehntelang das Standardwerk der betreffenden Thematik. Heutige Leser dürfte aber nicht zuletzt die ausgeprägte marxistische Interpretationsmethode des Autors stören. Wer wirft in der Gegenwart noch der Psychoanalyse vor, sie bewege sich »mit ihrer ahistorischen und unssoziologischen Methode in einem luftleeren Raum« und offenbare darüber hinaus noch einen »Überrest des konservativen Idealismus? Zudem grenzte der britische Kunst- und Literaturosoziologe den Gegenstand seiner Betrachtung zu wenig ein. Hauser konnte deshalb auf spezielle Epochen der Kunstgeschichte, etwa der modernen Kunst seit ungefähr 1870, nur ungünstig eingehen. Dem Kenner der Materie ist seit längerem bewusst, dass es eines neuen Grundlagenwerkes bedarf, das die wichtigen Gattungen der Kunst hinsichtlich ihrer gesellschaftlichen Voraussetzungen und Hintergründe zu reflektieren hat.

Unbestritten ist angesichts der Komplexität der Fragestellung die Notwendigkeit der Spezialisierung auf eine bestimmte Epoche.

So erschien es dem Heidelberger Politologen Klaus von Beyme ratsam, keinen neuen »Hauser« vorzulegen, sondern sich auf das Phänomen der Avantgarde zu beschränken und den Zeitraum von 1905–1955 zu untersuchen. Trotz der zeitlichen Begrenzung eine wahrlich nicht gerade einfache Zielsetzung!

Bereits der Materialreichtum der Abhandlung und die detaillierten Analysen der ungemein reichhaltigen Sozialstrukturen der Avantgardekünstler belegen, dass die Studie die Krönung einer jahrzehntelangen Beschäftigung mit beiden Disziplinen ist, der Politikwissenschaft wie auch der Kunstgeschichte. Von Beyme hat schon vor einiger Zeit Aufsätze zur Problematik »Kunst der Macht und die Gegenmacht der Kunst« vorgelegt, weiterhin zu moderner Architektur und Städtebaupolitik.

Die Vorgehensweise des Autors ist evident. Eher selten interpretiert er Werke und arbeitet deren politische Implikationen heraus. Vielmehr werden seine Erörterungen dominiert von Manifesten (beispielsweise von Künstlergruppen), autobiographischen Äußerungen von Künstlern und einer Fülle von Sekundärliteratur. Öfters wird der Textfluss durch Abbildungen aufgelockert.

Nach Einleitung und Grundbegriffen der Avantgarde-Forschung behandelt der erste Teil der Arbeit die »sozialen Grundlagen der Entstehung der Avantgarde«. In diesem Kontext werden die Ausbildung der Avantgardekünstler ebenso wie grundlegende Ziele der äußerst heterogenen Gruppe beschrieben. Dazu zählt vor allem die Vorstellung der »Einheit von Kunst und Leben«. Die Soziologie von Künstlergruppen wird vorgestellt, weiterhin »Frauen und Partnerschaftsverhältnisse« und die »Avantgarde auf dem Kunstmärkt«. Im Anschluss daran legt der Verfasser in Teil II eine Darstellung von Theorien und Theoriebereichen in der Kunstdebatte der Avantgarde vor. Der bis heute andauernde Kampf zwischen Abstraktion und Figuration in der Kunst wird dabei ebenso ausführlich erläutert wie die alte Frage nach der Hierarchie der Gattungen und deren möglicher Überwindung.

Einen breiten Raum nehmen die Darlegungen des politischen Engagements der Künstler ein. Sollte die Verbesserung der

Welt, vor allem der politisch-sozialen Verhältnisse, das Hauptanliegen der Kunst sein? Von Beyme erörtert das vielfältige Mit- und Gegeneinander von Diktaturen und zeitgenössischen Künstlern. Auch der gut informierte Leser dürfte hier einen Erkenntnisgewinn verbuchen. Wer weiß schon, dass ausgerechnet der heftig umstrittene Repräsentationskünstler Arno Breker, dessen Werke im Rahmen einer Ausstellung erst kürzlich wieder die Wogen der Kritik haben hochschlagen lassen, das KP-Mitglied Picasso, der immerhin auf dem Territorium von Vichy-Frankreich lebte, durch Interventionen schützte? Nach der kommunistischen Machtübernahme in Russland schien eine problemlose Synthese von Politik und Avantgarde möglich. Der dortige Experimentalismus brachte nach 1918 üppige Stilblüten hervor. Die Ernüchterung seitens vieler Künstler folgte relativ rasch. In den mannigfachen Varianten von Rechtsdiktaturen waren die Bedingungen für die Künstler sehr unterschiedlich. Das faschistische Italien bot für einige Richtungen der Avantgarde, etwa den Futurismus, lange Zeit verhältnismäßig gute Arbeitsbedingungen. Das nationalsozialistische Deutschland dagegen zwang Missliebige entweder zur inneren oder zur äußeren Emigration. Viele unter den Expressionisten, die durchaus Affinitäten zu einigen Zielen der neuen Machthaber von 1933 erkennen ließen, wie Emil Nolde, erlebten eine böse Überraschung. Ihr – offenes oder verstecktes – Angebot zur Kollaboration mit den Nationalsozialisten fand kaum Gegenliebe. »Deutsche Künstler« waren eben nur zu einem sehr kleinen Teil nationalsozialistische Künstler. Wie der »sozialistische Realismus« nur wenige Sympathien bei Avantgardisten hervorrief, war auch die nationalsozialistische Repräsentationskunst mit der grundsätzlichen Ausrichtung der Vorkämpfer der Moderne inkompatibel.

Daher konnten sich die USA als Führungsmacht der späten Avantgarde hervortun. Von Beyme zeichnet auch hier die vielfältigen Möglichkeiten und Arbeitsbedingungen nach, die Künstler vorfanden. Im Vergleich zu Europa erschienen sie paradiesisch, lediglich das Klima des McCarthyismus trübte die ursprüngliche Freude vieler in Amerika lebender Künstler über den Sieg

des abstrakten Expressionismus in der westlichen Welt.

Spätestens in den 1950er-Jahren war der Niedergang der Avantgarde unübersehbar. Nach dem Urteil von Beymes hat sie sich tot gesiegt. In der Tat: Selbst »1968«, als die vollmundige Parole ausgegeben wurde »Die Phantasie an die Macht!«, kam es nicht mehr zu einer dauerhaften Verbindung von Kunst und Politik. Insgesamt kann man feststellen, dass viele Ziele der frühen Avantgarde (um 1900) in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg keinen Widerhall mehr fanden oder finden konnten. Die Ausdifferenzierung vieler gesellschaftlichen Subsysteme hat sich in atemberaubenden Tempo entwickelt, so dass an eine erneute Synthese von Kunst und Leben, wie sie insbesondere das Bauhaus propagierte, nicht mehr zu denken war. Die Globalisierung, die Künstler der klassischen Moderne vorantrieben, wurde seit den 1960er-Jahren hauptsächlich durch Technik und Ökonomie bewirkt. Der künstlerische Impetus wurde deshalb immer mehr überflüssig oder wirkte nunmehr bloß epigonal. Darüber hinaus erwies sich der Anspruch auf eine Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse im großen Stil bald als obsolet. Selbst der politische »Filz und Fett«-Künstler Joseph Beuys hatte nur wenige diesbezügliche Ambitionen. Bescheiden nahmen sich seine Auftritte bei Veranstaltungen der Friedensbewegung aus, wo er »Wir wollen Sonne statt Regen« sang (in Anspielung auf den Namen des damaligen amerikanischen Präsidenten Reagan).

Alles in allem prädisponierten die nach 1945 deutlich veränderten Verhältnisse den Übergang zur Postmoderne. So unterschiedlich sich diese neue Kunstrichtung auch auswirkte: Sie forcierte historisierende Tendenzen in Kunst und Architektur, wie sie besonders in den 1970er-Jahren in Deutschland unübersehbar wurden. Eines hat jedoch auch die Postmoderne nicht bewerkstelligen können: das des Öfteren in Unkenrufen zu hörende »Ende der Kunst« oder »Ende der Kunstgeschichte« (Hans Belting). Solchen Vermeldungen folgten umgehend die Wünsche nach Urteilsrevision. Die Kunst schloss sich in diesem Punkt also der Geschichte an, die nach 1989 – entgegen voreiliger Ankündigungen – doch

weiterging. Von Beyme lässt daran in seiner grundlegenden Studie, die bald zum Standardwerk avancieren dürfte, keinen Zweifel.

Felix Dirsch

Gary T. GARDNER: Inspiring Progress: Religion's Contributions to Sustainable Development. New York/London 2006. Norton & Co Ltd, 210 S. brosch., 12,50 \$.

Das Beziehungsverhältnis von Religion und Ökologie erscheint gerade im Blick auf die europäische und nordamerikanische Kulturgeschichte unter dem Zeichen vielfältiger und komplexer Spannungen. Spätestens seit der emotionsgeladenen Diskussion um die – im deutschsprachigen Raum v.a. von Carl Amery vertretene – These, die ökologische Krise sei im Kern dem Christentum und seinem bewusst über Jahrhunderte fehlinterpretierten alttestamentarischen Schöpfungsauftrag »Macht Euch die Erde untertan« (Gen 1,²⁶⁻²⁸) geschuldet, stehen insbesondere die christlichen Kirchen vor der Herausforderung, ihr Verhältnis zur Ökologie- und Nachhaltigkeitsdiskussion zu bestimmen. Schließlich besteht kein Zweifel, dass die großen Religionsgemeinschaften – und hier insbesondere die Kirchen – die rasant wachsende Bedeutung der ökologischen Frage lange verkannt haben. Eine hinreichende Kritik an den naturausbeuterischen Praktiken des modernen Industriezeitalters war vonseiten der Religionsgemeinschaften kaum vernehmbar. Eine päpstliche Enzyklika zum Umweltproblem beispielsweise steht weiterhin aus.

Nun hat sich Gary Gardner, Direktor für Forschung am renommierten Washingtoner Worldwatch Institute, dieser Diskussion angenommen, indem er den Beitrag der Religionen zum Konzept nachhaltiger Entwicklung in den Blick nimmt. Bereits 2003 hatte sich das Worldwatch Institute in einem breit angelegten Forschungsschwerpunkt mit der Rolle der Religionen im internationalen Umweltschutz befasst. Gardner macht das religiöse Potential zur Mitgestaltung des Nachhaltigkeitsgedankens und zur Neuorientierung der Fortschrittsidee, um die es nach seinem Erkennen wesentlich geht, an fünf

Kernargumenten fest: Erstens sei es ihre besondere Fähigkeit zur Sinnstiftung, die Religion zum entscheidenden Faktor des Umweltbewusstseins werden ließe. Denn Ziel- und Sinnvermittlung seien unabdingbare Voraussetzungen für ein wirksames praktisches Handeln. Zweitens, so Gardner, verfügten Religionen über eine hohes »moralisches Kapital«, zumal viele ihrer Institutionen über eine lange Lehr- und Forschungstradition im Bereich Ethik verfügten und Großkirchen wie die römisch-katholische eine erhebliche Medienpräsenz weltweit genießen. Religionen zeichnen sich, drittens, durch eine große Anhänger- bzw. Mitgliedschaft aus und erhielten damit ein hohes politisches Gewicht, das auch aus ihrem umfangreichen Bildungsangebot, angefangen bei Klosterschulen, herrührte. Nur 16 Prozent der Weltbevölkerung, so Gardner stark vereinfachend und unter Rekurs auf kaum stichhaltige Quellen, seien »nicht-religiös« (S. 49). An vierter Stelle nennt Gardner die beträchtliche Kapital- und Vermögensmasse, die zumindest den größeren Religionsgemeinschaften zu Verfügung stünden und einen breiten Handlungs- und Wirkungsrahmen eröffneten. Auch ihr umfangreicher Grund- und Bodenbesitz bevorteile religiöse Institutionen in vielen Ländern bei ihren gesellschaftlichen Gestaltungsversuchen. Schließlich, fünftens, sei es das »soziale Kapital« von Religionen, das Gardner unter Rückgriff auf die Terminologie Robert Putnams als augenfälliges Indiz eines religiösen Potentials für Nachhaltigkeit ausweist: jenes stabile Netz aus Nachbarschaftshilfen also, Initiativen, Selbsthilfzentren und engagierten Pfarrgemeinden, das den »sozialen Kitt« der Gesellschaft ausmacht.

Gardner untermauert seine Argumentation nicht durch normative Überlegungen, sondern anhand einer gewaltigen Fülle empirischer – und bald ermüdender – Einzelbeispiele, die er in der lokalen Alltagspraxis der Kirchen und Religionsgemeinschaften beobachtet: Eine Bibelgesellschaft in Maryland, die ihre Leuchter mit Solarenergie speist; 6000 britische Kirchgärten, die als »sacred ecosystems« ohne Einsatz von Pestiziden und unter Verzicht auf häufiges Rasenmähen betrieben werden; die Ordensfrau Dorothy Stang, die wegen ihres Kampfes an

der Seite der brasilianischen Landlosenbewegung 2005 vermutlich auf Betreiben einflussreicher Fazendeiros, erschossen wurde usw.

Gardner ahnt, dass der lebensgefährliche Einsatz der Ordensschwester nicht aus einer naiven »Liebe zur Natur« herrührte, sondern die Folge eines himmelschreienden Gerechtigkeitskonfliktes war, der sich weltweit aus der – weitgehend anthropogenen verursachten – Problematik einer ungerechten Verteilung von Nutzungsrechten an Ökosystemleistungen ergibt. Und hier entsteht auch der eigentliche Kern theologischer Reflexion, bei der Naturerhalt und Umweltschutz Teil einer weit umfassenderen Diskussion um Werte, Lebensstile, Gesellschaftsziele und soziale Gerechtigkeit sind. Gardner sieht zwar den »Hunger nach Gerechtigkeit«, diskutiert ihn aber nicht im Kontext religiös motivierter Gerechtigkeits- und Solidaritätspostulate. Auch mit der soziopolitischen Kontextualität von Religion hält sich Gardner, der erkennbar in der evangelikalen Freikirchenbewegung zu Hause ist, nicht lange auf: Dass nicht nur im gesellschaftlichen Selbstverständnis von Christen, Muslime, Hindi, Buddhisten etc. sondern auch in ihrem »moralischen Kapital«, in ihrer Begegnung mit Säkularisierungs- und Pluralisierungsprozessen gravierende Unterschiede existieren, die eigentlich jedem Versuch zuwiderlaufen, die Rolle aller Religionen für die nachhaltige Entwicklung zu untersuchen – das zu erkennen bleibt bei totaler Aussparung aller konkreten religionsphilosophischen und –soziologischen Fragen, die sich hier stellen – dem Leser selbst überlassen. Ein konsistenter Begriff von Kirche oder Religionsgemeinschaft wird gar nicht erst eingebracht. Auf dieser Argumentationsebene wird dann auch niemand mehr erwarten, dass Gardner stichhaltig begründet, warum die großen Weltreligionen die ökologische Frage bisher überwiegend vernachlässigt haben. Umweltschutz und Religion bleiben in der öffentlichen Wahrnehmung ja weiterhin zwei zusammenhänglose Antipoden – vollkommen zu Unrecht, wie Gardner andeutet, ohne in der Tiefe eine Analyse zu wagen. Denn tatsächlich spricht vieles dafür, dass die Religionsgemeinschaften und in Europa gerade die Kirchen aus

politiktheoretischer Überlegung heraus einen Beitrag leisten können (und müssen), den nur sie leisten können und der als Beitrag zu einer wirksamen gesamtgesellschaftlichen Auseinandersetzung mit dem Umweltproblem unverzichtbar bleibt. Dies setzt aber voraus, dass die Religionsgemeinschaften ihren Ort in der modernen Gesellschaft erkennen und die hier sich darbietenden Kommunikations- und Partizipationschancen im Rahmen zivilgesellschaftlicher Prozesse zu nutzen wissen. Gardner sucht den Weg der Religionen zur Ökologie allein über empirische Individualethik. Übergreifende sozialethische Antworten auf die ökologische Krise, die etwa die katholische Kirche – mit einer Anhängerschaft von schätzungsweise einer Milliarde Menschen die größte Religionsgemeinschaft weltweit – längst im Rahmen ihrer Gesellschaftslehre verankert haben müsste, werden allenfalls am Rande angedeutet. Und obwohl Gardner so viele Fragen offen lässt, leistet sein Buch eine nicht ganz unerhebliche Arbeitshilfe in der Auseinandersetzung mit der ökologischen Frage. Soviel ist nach der Lektüre nämlich eindeutig: Ohne die breite Einbindung der Religionen in den Prozess nachhaltiger Entwicklung wird Umweltschutz nicht gelingen.

Thorsten Philipp

Frank R. PFETSCH: Verhandeln in Konflikten. Grundlagen – Theorie – Praxis. Wiesbaden 2006. VS Verlag für Sozialwissenschaften, 226 S., brosch., 21,90 EUR.

Mit der Monographie über Verhandlungsprozesse veröffentlicht Frank R. Pfetsch in einem Themenbereich, der schon seit langem durch zunehmend komplexe und von Interdependenzen geprägten politischen Prozessen Relevanz gewinnt. In der Internationalen Politik wird auf die Bedeutung von internationalen Regimes hingewiesen, in denen durch Verhandlungen nationalstaatliche Steuerungsverluste kompensiert werden sollen. Auch bezüglich der Innenpolitik wird seit langem diagnostiziert, dass das hierarchische Handeln des Staates nicht mehr problemadäquat sei, sondern durch kooperative

Lösungen des verhandelnden Staates abgelöst werden müsse. Grund genug, sich mit dem Komplex der Verhandlungen näher zu befassen. Insgesamt trägt die Monographie von Pfetsch einen Lehrbuchcharakter, da sie grundlegend in den Gegenstand einführt. Der Autor geht hierbei schlüssig dem Gegenstand nach, definiert allgemeine Merkmale von Verhandlungen und bezieht den Akteur und seine Machtressourcen, die unterschiedlichen Verhandlungskulturen, die Instrumente der Verhandlung, die möglichen Vermittlungsversuche und Verhandlungslösungen ebenso wie die Rolle von Institutionen und das Recht ein. Dabei stellt der Autor Thesen auf, die jeweils anhand von Beispielen, die sich meist auf die Internationale Politik beziehen und weniger auf innenpolitische Prozesse, illustriert werden. Diese beziehen sich etwa auf die Fragen, was Akteuren in Verhandlungen Macht verleiht, wie schwächere Akteure darauf reagieren können, welche Konflikte eher lösbar sind, welche Rolle die Ideologie spielt, in welche Phasen Verhandlungsprozesse unterteilt werden können und welche Möglichkeiten Vermittler im Verhandlungsprozess haben. Hervorragend ist, dass die Hypothesen zum Ende des Buches in gesammelter Form erscheinen und damit die Arbeit des Autors konzentrieren. Diese Thesen sind für die Forschung hilfreich und weiterführend, da sie empirische oder theoretische Arbeiten anleiten und befruchten können. Mit dieser Hypothesen-Übersicht wird kompensiert, was in der Gesamtsicht negativ auffällt: Zum Teil ist das Werk von erheblichen Redundanzen geprägt: So wird die Definition eines Krieges (S. 32-33) etwa gleich dreimal in ähnlichen Formulierungen wiederholt. Es ließen sich weitere Beispiele für Redundanzen wie auf S. 92 herausgreifen, in dem etwa das Verhandlungskonzept nach Harvard zweifach erklärt wird. Dies lässt den Lese- prozess des ansonsten flüssig geschriebenen Werkes, das nur unter recht vielen Interpunktionsfehlern leidet, etwas mühsam werden, da der Leser zum Überspringen der Zeilen geneigt ist. Was in dem Werk zweitens negativ auffällt, sind eingefügte »Diskussionsplätze«, die für das Thema des Buches nur in geringem Maße eine illustrierende oder erklärende Funktion ha-

ben, sondern insgesamt eher die Konzentration ablenken. Innerhalb des Kapitels über Verhandlungskulturen – in dem die unterschiedlichen Stile von Deutschen, Franzosen, Amerikanern und Japanern idealtypisch herausgearbeitet werden – folgen Beispiele, die die unterschiedlichen nationalen Kulturen verdeutlichen sollen. Für dieses gewiss richtige Anliegen eignet es sich jedoch nicht, auf drei Seiten die komplexen Diskurse und Prozesse zur Nationenbildung zu vergleichen – noch dazu anhand einer Graphik, die in dieser Kürze dem Leser verschlossen bleiben muss (S. 74-76). Auch die weitere Frage, inwieweit innerhalb der europäischen Kulturgemeinschaft die Chance besteht, dass sich eine europäische Verhandlungskultur entwickelt, ist auf drei Seiten nur kurisorisch zu beantworten. Hier hätte sich der Autor nach Ansicht des Rezensenten besser auf sein Kernanliegen beschränken sollen. Gleichermaßen gilt für den Abschnitt, in dem Pfetsch nach den Grenzen des Verhandelns fragt und prinzipiell bemerkt, dass nicht alle Konflikte durch Verhandlungen lösbar sind – wie etwa die gescheiterten Verhandlungsprozesse in Somalia, Kosovo oder Afghanistan aufzeigen. Hier ist die geraffte Darstellung der Diskurstheorie von Jürgen Habermas auf zwei Seiten als Beispiel für eine Theorie, die sich thematisch anknüpfend mit den Grenzen des Verhandelns auseinanderersetzt, einfach fehlplaziert (S. 140-141). An manchen Stellen im Werk hätte der Autor hingegen durchaus tiefer auf einige Aspekte eingehen können: In dem Teilkapitel über Verhandlungstheorien werden zum Beispiel die wichtigsten Vertreter aus den Forschungsbereichen der Psychologie, der Politikwissenschaft, der Entscheidungstheorie, der Organisationstheorie (etc.) zwar genannt, ohne jedoch deren gerade für den Gegenstand relevanten Perspektiven näher zu erläutern oder zumindest zu den Autoren bibliographische Angaben hinzuzufügen. Es hätte der Monographie sicherlich gut getan, an dieser Stelle den Forschungsstand tiefgehender abzubilden. Durch die geschilderten Monita trübt sich das Gesamtbild der Monographie, jedoch muss darauf verwiesen werden, dass dieses Werk auch über Stärken verfügt, die nur hätten konzentrierter – unter Reduzierung des einen oder

anderen Beispiels und Diskussionskreises – herausgearbeitet werden müssen. Insgesamt liegt ein Werk vor, das trotz der genannten Defizite systematisch in den Gegenstand einführt und Schwierigkeiten und Möglichkeiten von sozialem Verhalten innerhalb von durch Institutionen geprägten Verhandlungen analysiert.

Henrik Gast

Karin PRIESTER: Populismus. Historische und aktuelle Erscheinungsformen. Frankfurt/M. 2007. Campus-Verlag., 228 S., kart, 16,90 EUR.

»Populismus« steht im öffentlichen Diskurs für Emotionalisierung und Personalisierung, Polarisierung und Vereinfachung. In dieser Allgemeinheit erfasst der Begriff allenfalls einen Stil von Politik, bleibt aber dehnbar und inhaltsleer. Darüber hinaus dient er in einer durchweg negativen Besetzung als politisches Schlagwort, um abgelehnte Positionen zu diskreditieren. Sollte daher gänzlich auf den Terminus »Populismus« in der wissenschaftlichen Analyse verzichtet werden? Diese Frage verneint die in Münster Soziologie lehrende Karin Priester in ihrem Buch »Populismus. Historische und aktuelle Erscheinungsformen«. Sie wendet sich darin dezidiert gegen eine weit verbreitete Auffassung, wonach mit Populismus nur eine formale Technik der Politikvermittlung in Diskursführung, Sprache und Stil gemeint sein könne. Zwar handelt es sich dabei für Priester nicht um eine Hochideologie wie der Liberalismus und Sozialismus. Gleichwohl sei dem Populismus ein besonderes Gesellschaftsideal und Menschenbild eigen. Aus dieser Perspektive nähert sich die Autorin dem Phänomen in vier größeren Kapiteln:

Zunächst versucht sie eine Eingrenzung vorzunehmen, wobei die verschiedensten Aspekte historischer, inhaltlicher und methodischer Art angesprochen werden. Darauf erörtert Priester das Verhältnis der Populisten zur Institution des Staates, sei dies doch aufgrund von deren zentralem Freiheitsverständnis negativ. Nach den beiden theoretischen Kapiteln geht es dann um die

unterschiedlichen Erscheinungsformen. In den USA reichten diese vom Agrarpopulismus im 19. Jahrhundert über den Massenklientelismus in den Südstaaten der 1950er bis zu Ross Perots »drittem Weg der Mitte« in den 1990er Jahren. Für Europa stehen der Poujadismus im Frankreich der 1950er, die »Lega Nord« im Italien in der 1990er Jahre und die Aktivitäten von Pim Fortuyns in den Niederlanden bis zu seinem Tod im Zentrum der Analyse. Bei all dem deutet Priester den Populismus als Ergebnis einer Suche nach einem dritten Weg zwischen Individualismus und Kollektivismus, der auf der Gleichsetzung des selbständigen Mittelstandes oder der »kleinen Leute« mit dem »Volk« beruhe. Populisten orientierten sich außerdem am sozialen Nahbereich und lehnten die Einmischungen der Institution des Staates in ihre Lebenswelt ab.

Damit nimmt Priester eine Perspektive ein, welche in der bisherigen Forschung zum Populismus ignoriert wurde. Dort verwies man mehr auf die Konsequenzen emotionaler Agitation für die politische Kultur und die Nähen der Inhalte zu extremistischen Positionen. Die Autorin deutet den Populismus demgegenüber als eine Abwehrbewegung gegen den modernen Zentralstaat bei gleichzeitiger Orientierung an gewachsenen Gemeinschaften und regionaler Autonomie. Als dessen konstante Grundüberzeugungen gelten ein lebensweltlicher Traditionalismus, die freie Selbstorganisation und der vehementen Anti-Etatismus. Der Freiheitsbegriff von Populisten sei daher negativ ausgerichtet, verstanden als Freiheit vom Staat. Er speise sich ideengeschichtlich betrachtet aus drei Quellen, dem Anarchismus, Konservativismus und Liberalismus, die sich jeweils mit unterschiedlicher Gewichtung zum populistischen Syndrom verbinden würden. Derartige Auffassungen entstammten einer langen Tradition des Widerstandes gegen den bürokratisierten, modernen und zentralisierten Staat als Leviathan.

Diese Auffassungen und Deutungen könnten als Lobgesang auf den Populismus missverstanden werden. Darum geht es der Autorin aber nicht. Sie sucht vielmehr nach dem inhaltlich Verbindenden der unterschiedlichen populistischen Bewegungen

und Parteien in Geschichte und Gegenwart. Dabei präsentiert Priester eine Reihe von beachtenswerten Analysen und Deutungen, welche Diskussion wie Forschung voran bringen dürften. So wäre etwa zu fragen, ob das identitäre Gesellschaftsbild der Populisten nicht stärker hervorgehoben werden müsste. Priester betont demgegenüber sogar dessen pluralistische Neigungen, was wohl mehr als nur diskussionswürdig sein dürfte. Auch zieht sie mit ihrem Verständnis einen all zu rigorosen Trennungsstrich zwischen populistischen und rechtsextremistischen Bewegungen oder Parteien und wird damit dem Phänomen des gegenwärtigen Rechtspopulismus in Europa nicht gerecht. Möglicherweise kann man derartigen Einwänden entgehen, wenn eine genauere Theorie und Typologie des Populismus entwickelt wird. Das von Priester genutzte Bild, ist Populismus mehr ein Gewürz (also Beigabe) oder eine Mahlzeit (also Hauptbestandteil), lädt zu entsprechenden Reflexionen ein. Sie erhielten noch weiteren Stoff durch eine zusätzliche Fallstudie zum Populismus in Lateinamerika in Geschichte und Gegenwart in einer wünschenswerten erweiterten Auflage des Buches.

Armin Pfahl-Traughber

Klaus SCHROEDER / Steffen ALISCH / Susanne BRENNER / Monika DEUTZ-SCHROEDER / Uwe HILLMER: Rechtsextremismus und Jugendgewalt in Deutschland. Ein Ost-West-Vergleich, Verlag Ferdinand Schöningh, Paderborn 2004, 617 S., gebunden, 48 EUR.

Die Literatur zum Thema »Rechtsextremismus in Deutschland« ist häufig vordergründiger Natur: dramatisierend; voller schiefer Vergleiche; politisch voreingenommen. Das gilt keineswegs für den Band des Teams um Klaus Schroeder, einem promovierten Berliner Soziologen und habilitierten Politologen, der als Leiter des SED-Forschungsverbundes an der Freien Universität diese Thematik bisher nicht bearbeitet hatte. Das Werk zum jugendlichen Rechtsextremismus verbindet nüchterne, methodisch abgesicherte empirische Forschung mit Urteils-

kraft. Es liegt quer zum Mainstream. Die gängige These, die neuen Bundesländer seien ein Hort des jugendlichen Rechtsextremismus, findet keine Untermauerung.

Das mit Tabellen und Graphiken überfrachtete Opus enthält Abschnitte zu den Erscheinungsformen des Rechtsextremismus im geteilten und vereinigten Deutschland, zu den theoretischen Erklärungsansätzen für rechtsextremistische Jugendgewalt, zu den Ergebnissen bisheriger empirischer Studien und – als Herzstück – eine empirische Untersuchung sowie qualitative Fallstudien. Manche Aussagen aus dem ersten Abschnitten finden in den empirischen Teilen keine Stütze. Etwa: »Die sich selbst als antifaschistisch und links bezeichnende SED-Diktatur brachte eine mit rechtsextremen Ideologien spielende Jugend hervor.« Lautet doch eine Kernthese, der jugendliche Rechtsextremismus im Osten sei nicht so exzessiv wie vielfach behauptet. Die Kritik an den theoretischen Ansätzen (aus der Feder von Monika Deutz-Schroeder) leuchtet überwiegend ein. Nur: Eine Alternative bietet die Autorin nicht. Außerdem taugt die empirische Perspektive, um die es dem Autorenteam geht, für solche Erklärungsansätze nicht. Schroeder kommt auf sie zu Recht kaum zurück.

Die scharfe Kritik an den Unzulänglichkeiten empirischer Erhebungen ist beeindruckend. Manche Studien wollten einen »Rechtsruck« belegen, wählten »weiche« Skalen und präjudizierten so ein bestimmtes Ergebnis. Nach einer Nürnberger Berufsschülerbefragung etwa gelten 27,5 Prozent der Befragten als »stark ausländerfeindlich«, 52 Prozent als »in der Tendenz ausländerfeindlich«. Kein Wunder bei verfänglichen Statements wie diesen: »Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die Ausländer wieder in ihre Heimat zurückschicken«; »Die in Deutschland lebenden Ausländer sollten den gleichen Anspruch auf Sozialhilfe und andere Sozialleistungen haben wie die Deutschen«. Wer mit solchen Items operiert, bläht Fremdenfeindlichkeit auf. Eine Kritik an dem nahezu völlig fehlenden empirischen Vergleich zum extremistischen Einstellungspotential von rechts und links kommt nicht zur Sprache.

In der leider keineswegs repräsentativen Studie Schröders wurden 862 Jugendliche

(Gymnasiasten, Haupt- und Berufsschüler) aus vier Kleinstädten befragt: Arnstadt (Thüringen) Deggendorf (Bayern), Einbeck (Niedersachsen) und Neuruppin (Brandenburg). Der Autor bildet Determinanten für Rechtsextremismus, die er mit Aussagen zu Nationalismus, Antisemitismus, Biologismus, Ausländerfeindlichkeit, Antiparlamentarismus, NS-nahem Geschichtsbild ermittelt, ebenso eine Skala für anti- bzw. nichtzivile Einstellungen (anhand von Gewalt- und Devianzbereitschaft, Intoleranz, Autoritarismus, Antiindividualismus). Diese Differenzierung scheint sinnvoll zu sein, da etwa Gewaltbereitschaft und Autoritarismus nicht mit einem (rechts-)extremistischen Weltbild verbunden sein müssen. Vor allem überzeugen die klar formulierten Items (z.B. »Der Nationalsozialismus war eine gute Idee, die nur schlecht ausgeführt wurde«), die Fehlinterpretationen vorbeugen. Hier hebt sich Schroeder wohltuend von alarmistischen Sichtweisen ab.

Zu den wichtigsten Ergebnissen gehören: Nur zwei Prozent verfügen über ein rechtsextremistisches Weltbild im engeren Sinne, etwa sechs Prozent im weiteren Sinn. Antizivile Einstellungen schlagen kaum zu Buche, hingegen nichtzivile sehr stark. Die große Anzahl der Unentschlossenen irritiert, stimmt keineswegs beruhigend: Eine Immunisierung gegenüber rechtsextremistischen Anschauungen fehlt. Junge Männer neigen eher zu rechtsextremistischen Einstellungen als junge Frauen, Haupt- und Berufsschüler stärker als Gymnasiasten. Entgegen einer verbreiteten Annahme gibt es kaum Unterschiede zwischen dem Osten und dem Westen (bei den nichtzivilen Einstellungen weisen die jungen Ostdeutschen schlechtere Werte auf), wohl aber deutliche zwischen dem Norden und Süden. Die norddeutschen Schüler (Einbeck und Neuruppin) schneiden mit einem manifesten Rechtsextremismus von 2,9 Prozent (latenter: 7,9 Prozent) schlechter ab als die süddeutschen aus Arnstadt und Deggendorf (manifester Rechtsextremismus: 1,0 Prozent; latenter: 3,6 Prozent). Gewisse Verzerrungen ergeben den niedrigeren Anteil der Berufsschüler bei den Ostdeutschen. Gera de hier sind rechtsextremistische Einstellungsmuster verbreiteter. Insofern kommen

die ostdeutschen Schüler ein wenig besser weg. Bekanntermaßen gehen fremdenfeindliche Übergriffe einer jugendlichen Subkultur mehr auf die jungen als auf die alten Bundesländer zurück.

Es bedürfe der Stärkung ziviler Werte, um Rechtsextremismus und Jugendgewalt zurückzudrängen, lautet das unaufgeregte Fazit. Den Unterschieden zwischen dem Norden und dem Süden müsste nachgespürt werden. Gibt es in Deutschland eine Nord-Süd-Linie?

Bedrückend sind Ergebnisse, die Schroeder eher beiläufig anspricht, so das DDR-Bild von Schülern. Ein knappes Viertel der Befragten schließt sich der Auffassung an, die alte Bundesrepublik sei nicht besser als die DDR gewesen, und nur ein gutes Viertel widerspricht dieser Position. Kaum zu glauben: Knapp die Hälfte der Befragten enthält sich einer Bewertung. Vor allem rechts und links eingestellte Schüler vertraten solche Äquidistanz-Annahmen. Dieser Sachverhalt zeigt sich ebenso beim Antiamerikanismus. Ein gutes Viertel teilt (nach dem 11. September 2001, vor dem Irak-Krieg) die Auffassung, die USA hätten selber Schuld an den Terroranschlägen im Land, ein knappes Viertel votiert neutral, gut die Hälfte dagegen.

Susanne Bressan und Uwe Hilmer haben die standardisierte Erhebung durch eine qualitative Befragung in den vier Kleinstädten ergänzt, um eine bessere Einordnung der empirischen Befunde vornehmen zu können (z.B. durch eine Ausleuchtung des kommunalen Umfeldes). Auf über 200 Seiten wird für jede der vier Kleinstädte eine ähnliche Vorgehensweise zwecks eines angemessenen Vergleichs gewählt (u.a. mit Hilfe je eines Beispielinterviews): zur Lebenswelt von Jugendlichen, zur spezifischen Jugendszene, zur Gewalterfahrung, zur Wahrnehmung von Konflikten und zur kommunalen Praxis. Im Gegensatz zu den westlichen Städten Deggendorf und Einbeck ist in Arnstadt und Neuruppin die Integration der wenigen Fremden nicht sonderlich geeglückt, ohne dass jugendlicher Rechtsextremismus grassiert. Insgesamt fallen die anschaulich vermittelten Befunde, zumal in Arnstadt und Einbeck, negativer als in der empirischen Erhebung aus. Konservativ orientierte

Schüler fühlten sich von ihren eher linken Lehrern zuweilen ausgegrenzt. Leider wird die aufschlussreiche Aussage, die »Revolte von rechts unten« sei eine Reaktion auf die 68er-Bewegung, bloß kurz erwähnt, nicht näher begründet. Ihr sollte nachgegangen werden.

Die Differenzierung zwischen Jugendgewalt, die häufig auf sozialer Verwahrlosung beruht, und Rechtsextremismus ist wichtig, wiewohl Schroeder, ein in der (Rechts-)Extremismusforschung bisher nicht ausgewiesener Autor, keine empirische Studie zur fremdenfeindlichen Gewalt vorgelegt hat. Seine Ergebnisse sind zwar unspektakulär, was die Größenverhältnisse des jugendlichen Rechtsextremismus betrifft, jedoch eine spektakuläre Kampfansage an einen großen Teil der empirischen Forschung. Greift diese den Fehdehandschuh auf?

Eckhard Jesse

Ute MECK: Selbstmordattentäter – sterben, um zu töten. Wie werden Menschen zu Selbstmordattentätern? Wie entstehen und funktionieren ihre Ideologien? Wie kann man dem Selbstmordterrorismus sinnvoll begegnen? Frankfurt/M. 2007. Verlag für Polizeiwissenschaft, 208 S., LVII S., kart., 19,80 EUR.

Die Ereignisse vom 11. September 2001 rückten das Phänomen des Selbstmordattentats auch in der westlichen Welt ins öffentliche Bewusstsein. In anderen Regionen stellt es für Geschichte und Gegenwart keine Besonderheit dar. Die Ursachen für diese spezifische Form des Terrorismus will Ute Meck aus psychologischer Perspektive in ihrer Studie „Selbstmordattentäter – sterben, um zu töten“ aufarbeiten. Dabei geht die Autorin davon aus, dass es sich nicht um verwirrte Individuen handelt. Vielmehr seien die Selbstmordattentäter ganz normale Menschen, kulturell und sozial in ihren jeweiligen Gesellschaften verankert. Ihre Entscheidung, das eigene Leben für die Tötung Anderer zu opfern, stelle eine bewusste Entscheidung dar und folge dem eigenen Weltbild.

Um den Entwicklungsprozess eines Individuums hin zum Selbstmordattentat nach

zu zeichnen, untersucht Meck zunächst verschiedene Gruppierungen. Hierzu zählen als historische Beispiele die Assassinen, die Kamikaze-Piloten und Khomeinis Selbstmordbataillone und als aktuelle Fälle die Black Tigers auf Sri Lanka, die Hisbollah im Libanon und der palästinensische Selbstmordterrorismus. Nach einer vergleichenden Analyse macht die Autorin eine Mischung von äußeren Faktoren wie politische Marginalisierung und gegnerische Demonstration von Überlegenheit und inneren Faktoren wie Abschottung und Feindbildformulierung als Ursachen aus. Danach richtet Meck den Blick auf das einzelne Individuum und untersucht ebenfalls vergleichend Abschiedsbriefe, Tagebuchaufzeichnungen und Werbeslogans. Hierbei macht sie sowohl die ideologischen Komponenten wie die psychischen Motive der Selbstmordattentäter aus, welche in Kombination miteinander in einem Entwicklungsprozess zur Tat führen. Einen solchen Weg veranschaulicht die Autorin danach noch einmal anhand eines fiktiven »Karrierverlaufs« in motivationstheoretischer Betrachtung.

Die Studie beeindruckt durch das methodisch überzeugende Vorgehen der Autorin, die über eine vergleichende Analyse Besonderheiten herausarbeitet und sie in ein Wechselverhältnis zueinander bringt. Daraus entwickelt Meck ein komplexes Modell als Bedingungsgeflecht und veranschaulicht damit auch die einzelnen Entwicklungsetappen auf dem Weg eines Selbstmordattentäters. Der Test ihres Modells anhand einer Fallstudie zur kurdischen PKK, welche die Aussagekraft und Gültigkeit veranschaulichen soll, spricht darüber hinaus für ihr reflektiertes und selbstkritisches Vorgehen.

Gleichwohl bedarf es auch einiger kritischer Anmerkungen: Zum einen verwundert, dass die Autorin die amerikanische und israelische Forschung zum Thema noch nicht einmal im Literaturverzeichnis zur Kenntnis nimmt. Zum anderen benennen die Ausführungen über die genannten Gruppen zwar Ursachen für das Entstehen terroristischer Organisationen, nicht aber für deren besondere Ausrichtung im Sinne der Selbstmordanschläge. Ähnliches gilt für die Ausführungen, die den Täter in den

Blick nehmen. Hier bildet lediglich die Märtyrer-Ideologie jene Besonderheit, die aus den »konventionellen« Terroristen den Selbstmordattentäter macht. Gerade diese Ausführungen können die Forschung weiter voran bringen. Mecks Studie liefert dazu wichtige Anregungen.

Armin Pfahl-Traughber

Sabine GILLMANN / Hans MOMMSEN (Hrsg.): Politische Schriften und Briefe Carl Friedrich Goerdelers, 2 Bde. München 2003. K.G. Saur Verlag, 1295 S., gebunden, 48 EUR.

Die Quellenlage zur Geschichte des deutschen Widerstandes gegen Hitler ist oft überaus unbefriedigend. Die Bedingungen unter dem NS-Regime setzen jeder konspirativen Schriftlichkeit naturgemäß enge Grenzen. Vieles was wir wissen, wissen wir daher entweder nur aus den Akten der Verfolger oder aus den Erinnerungen der wenigen Überlebenden aus den Kreisen des Widerstandes selbst.

Vor diesem Hintergrund markiert die Quellenlage zur Person des ehemaligen Leipziger Oberbürgermeisters Carl Goerdeler eine absolute Ausnahmesituation: Goerdeler war nicht nur der herausragende Repräsentant des konservativen politischen Widerstandes gegen Hitlers Herrschaft, sondern zeichnete sich Zeit seines Lebens durch einen nachgerade besessen wirkenden Hang zur Schriftlichkeit aus. Diese wurde ihm seinerzeit zusammen mit seiner persönlichen Offenherzigkeit mit zum Verhängnis: schon vor dem Attentat vom 20. Juli 1944 war Goerdeler auf der Flucht vor seinen Verfolgern untergetaucht. Aber eben diesem für ihn selbst fatalen Hang zur Schriftlichkeit verdanken wir heute den vielleicht umfänglichsten Nachlass aus dem Zentrum des Widerstands. Die Gedanken und politischen Vorstellungen Goerdelers lassen sich daher ungebrochener und authentischer rekonstruieren als diejenigen der weitaus meisten anderen Oppositionellen. Der Freiburger Historiker Gerhard Ritter konnte daher bereits 1954 eine Biographie seines Freundes vorlegen, die aus diesem Fundus schöpfte

und seinerseits eine der frühesten wissenschaftlichen Arbeiten zur Geschichte des deutschen Widerstandes gegen Hitler war.

Diesen weit verzweigten und verstreuten Goerdeler-Nachlass systematisch ermittelt, zusammengetragen und in einer ausgesprochen benutzerfreundlichen, vorbildlichen Auswahledition veröffentlicht zu haben, ist das bleibende Verdienst Sabine Gillmanns und Hans Mommsens.

Im wesentlichen der chronologischen Abfolge verhaftet sind die abgedruckten Dokumente in sieben Abschnitten zusammengefügt: 1. Goerdelers kommunalpolitische Tätigkeit; 2. Goerdelers Mitarbeit in der Reichspolitik I; 3. Goerdelers Mitarbeit in der Reichspolitik II; Goerdelers Doppelstrategie: Versuche der Einflussnahme auf die Politik des Regimes von innen und von außen; 5. Goerdelers Bruch mit dem NS-Regime und die Suche nach Verbündeten; 6. Goerdelers Staatsstreichvorbereitungen und seine verfassungspolitischen Neuordnungspläne; 7. Goerdeler in Gestapo-Haft.

Ein sich an das Inhaltverzeichnis anschließendes Verzeichnis der Dokumente umfasst bereits eine knappe, stichwortartige Zusammenfassung des Inhalts jedes einzelnen Dokuments. Sie ist auch dem Abdruck des jeweiligen Dokuments selbst dann noch einmal vorangestellt.

Fehler und Verfremdungen in früheren Veröffentlichungen einzelner Stücke konnten hier und da ausgeräumt werden. Inhaltlich Umstürzendes zu Person und politischen Vorstellungen Goerdelers wurde allerdings nicht zutage gefördert. Gleichwohl muss manch Bekanntes im Lichte dieser gelungenen Auswahlition jetzt deutlich differenzierter betrachtet werden – etwa die genauerer Umstände und Zusammenhänge von Goerdelers Rücktritt als Leipziger Oberbürgermeister im Jahre 1937. Und nicht zuletzt erscheint manches jetzt in einem deutlich persönlicheren Licht – auch wenn der Privatmann Carl Goerdeler (wohl auf Wunsch der Familie) noch immer weitgehend ausgebendet bleibt.

Enrico Syring